Pressemitteilung

Ansbach, 11.04.2013

Teilhabe aller Menschen bei der öffentlichen Daseinsfürsorge stärken:
Offene Linke pocht auf zügige Umsetzung eines Sozialtickets im Ansbacher ÖPNV
Ohne Ausgleichszahlungen an VGN möglich – Antrag für den Sozialausschuss eingereicht

Der im Dezember 2011 veröffentlichte Armutsbericht der Stadt Ansbach legt kommunale Handlungsbedarfe mit Blick auf eine aktive Sozialpolitik in unserer Stadt offen. Gerade kinderreiche Familien und Alleinerziehende sind zunehmend armutsgefährdet. Die Altersarmut an der Rezat steigt genauso wie die Zahl der Menschen, die arm trotz Arbeit sind, weiter an. Nach den Preisexplosionen im ÖPNV 2012/13 werden faktisch ganze Bevölkerungsgruppen von Mobilität in Ansbach ausgeschlossen.

Die Offene Linke pocht jetzt auf die Stärkung der Teilhabe aller Menschen bei der öffentlichen Daseinsfürsorge. Hierfür hat die WählerInnen-Gemeinschaft jetzt die zügige Umsetzung eines Sozialtickets im Ansbacher Nahverkehr beantragt. Bereits im Mai 2012 sprach sich der Stadtrat auf Antrag der Offenen Linken für die Einführung des Sozialtickets aus, was bislang durch das Einstimmigkeitsprinzip innerhalb der VGN-Strukturen verhindert wurde.

Nun hat die Stadt Fürth ein Modell entwickelt, das Ausgleichszahlungen an den VGN vermeidet und den Zugang zu Mobilität auch für sozial Benachteiligte sichert. Bei diesem Gutscheinmodell fördert die Kommune den Erwerb von Zeitkarten mit zehn Euro monatlich. Der Restbetrag wird durch die Anspruchsberechtigten beigesteuert. Bei einem 6-Monats-Abo entspräche dies beispielsweise einer Zuzahlung von 23 Euro, bei einer Monatskarte "Solo-31" von 26,90 Euro. Der Hartz-4-Regelsatz für Mobilität beträgt derzeit 23 Euro.

Neben ALG-II-Empfängern, die auch die sog. "Aufstocker" (Menschen, die arm trotz Arbeit sind) umfassen, sollen Empfänger von Grundsicherung im Alter sowie Hilfen zur Kindererziehung Anspruch auf das Sozialticket haben. Die kalkulierten Kosten in Höhe von 60.000 Euro im Jahr sollen durch eine Abschmelzung der Kapitaleinlage bei der Ansbacher Versorgungs- und Verkehrs-Holding (AVVH) gegenfinanziert werden, denn sämtliche Ausgaben für das Sozialticket kommen letztendlich auch diesem städtischen Unternehmen zu Gute.

Darüber hinaus sind die Mobilitätsgutscheine nicht nur eine längst überfällige sozialpolitische Maßnahme, sondern auch ein Instrument für die höhere Auslastung des Busverkehrs in Ansbach. Ziel des Antrages der Offenen Linken ist der Start des Sozialtickets zum 01.10.2013. Darüber soll im Ausschuss für Soziales am 29.04. und im Stadtrat am 30.04.2013 beraten werden.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat